

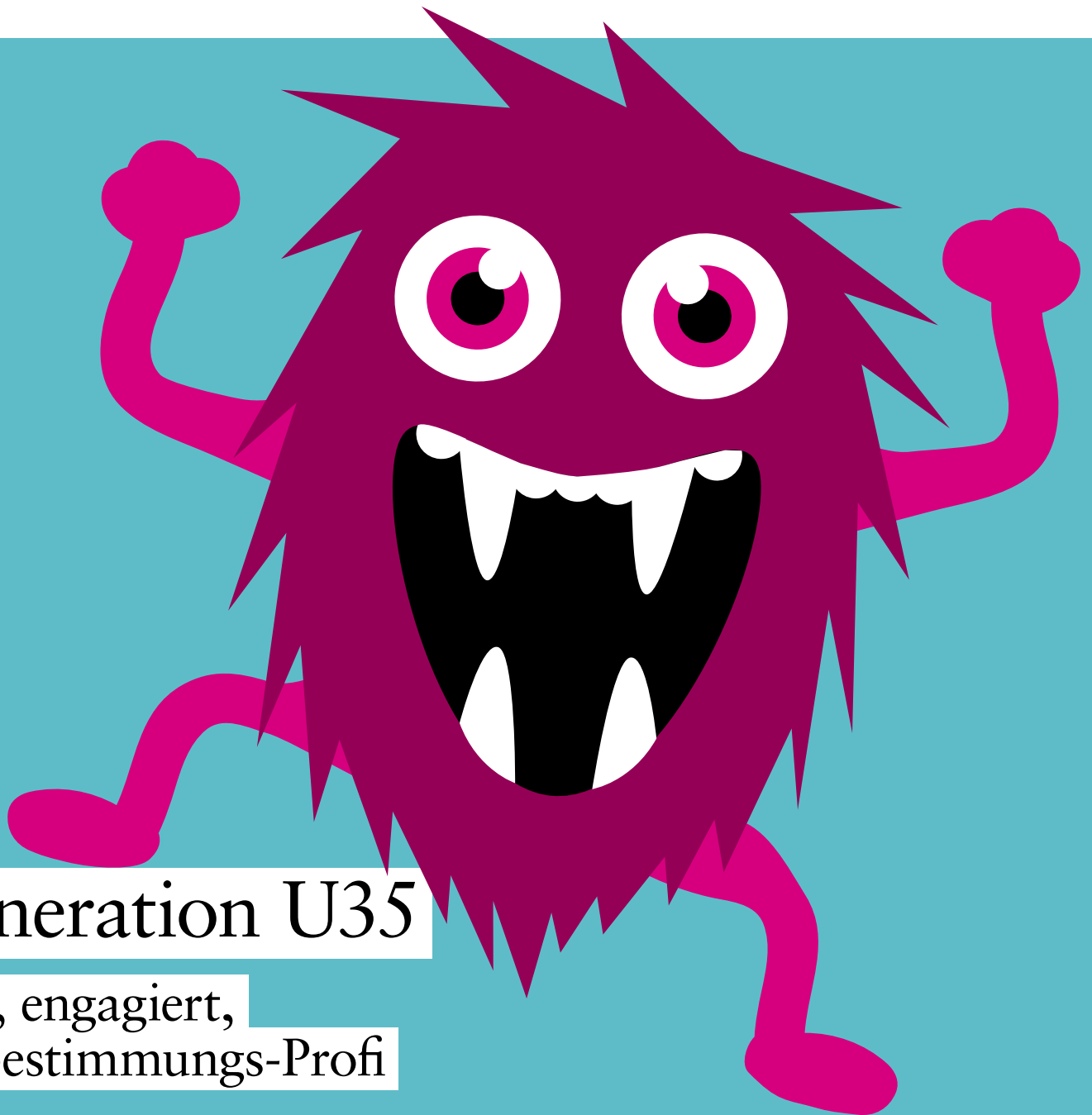
# Mitbestimmung

DAS MAGAZIN DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG · [WWW.MAGAZIN-MITBESTIMMUNG.DE](http://WWW.MAGAZIN-MITBESTIMMUNG.DE)

MIGRATION · Sie kamen als Gastarbeiter – Sizilianer in Solingen

USA · Warum deutsche Autozulieferer die Südstaaten lieben

ARBEITSRECHT · Das Hugo-Sinzheimer-Institut besteht seit fünf Jahren



Generation U35

Jung, engagiert,  
Mitbestimmungs-Profi

# Ab in den Süden

**USA** Deutsche Autozulieferer schaffen Tausende Arbeitsplätze in Amerikas Südstaaten. Dort sind die Löhne niedrig, das politische Klima ist extrem konservativ, und Gewerkschaften werden offen angefeindet.

Von **BERND KUPILAS**, Wirtschaftsjournalist in Köln

**W**enn es um Gewerkschaften geht, kennt Nikki Haley kein Pardon. Sie trage Stöckelschuhe nur aus einem Grund, betont die republikanische Gouverneurin von South Carolina: damit sie die Gewerkschaften besser treten kann. „Wir treten sie jeden Tag, und wir werden sie weiter treten“, sagt Haley. Ihr Credo: „Wir brauchen keine Gewerkschaften, und wir wollen keine Gewerkschaften.“ Einmal fragte sie ein Reporter, was wäre, wenn ein Unternehmen sich in dem südlichen Bundesstaat ansiedeln wollte, das schon gewerkschaftlich organisiert sei, die Gewerkschaft also mitbrächte? „Ich würde sie davon abhalten“, sagte Haley, denn Gewerkschaften würden „das Wasser trüben“.

Das Wasser ist rein ohne Gewerkschaften, sie bedeuten nur Schmutz und Gift – mit dieser Rhetorik ist die Südstaatenpolitikerin Nikki Haley zum Postergirl der konservativen Gewerkschaftsfeinde in den USA geworden. Sie macht sich gar nicht mehr die Mühe, ihre Antigewerkschaftsrhetorik nett zu verpacken, wie das andere tun. Etwa der republikanische Senator von Tennessee, Bob Corker, dessen Argumentation so geht: „Ich habe nichts gegen Gewerkschaften, aber ...“ Nein, Haley kämpft gleich mit offenem Visier. Gewerkschaften sind für sie böse und schädlich. Sie will sie verhindern. Willkommen in South Carolina. Willkommen im wilden Süden der Vereinigten Staaten von Amerika.

Ortswechsel: Nordhausen in Thüringen. Hier sitzt die Firma Feuer Powetrain. 700 Beschäftigte produzieren Kurbelwellen, überwiegend für die Automobilindustrie. Im Betriebsratsbüro sitzt Lutz Jüngling. „Das hier“, sagt der Betriebsratsvorsitzende, „ist der wilde Osten.“ Mitbestimmung wird hier ►

ARKANSAS

MISSISSIPPI

TENNESSEE

ALABAMA

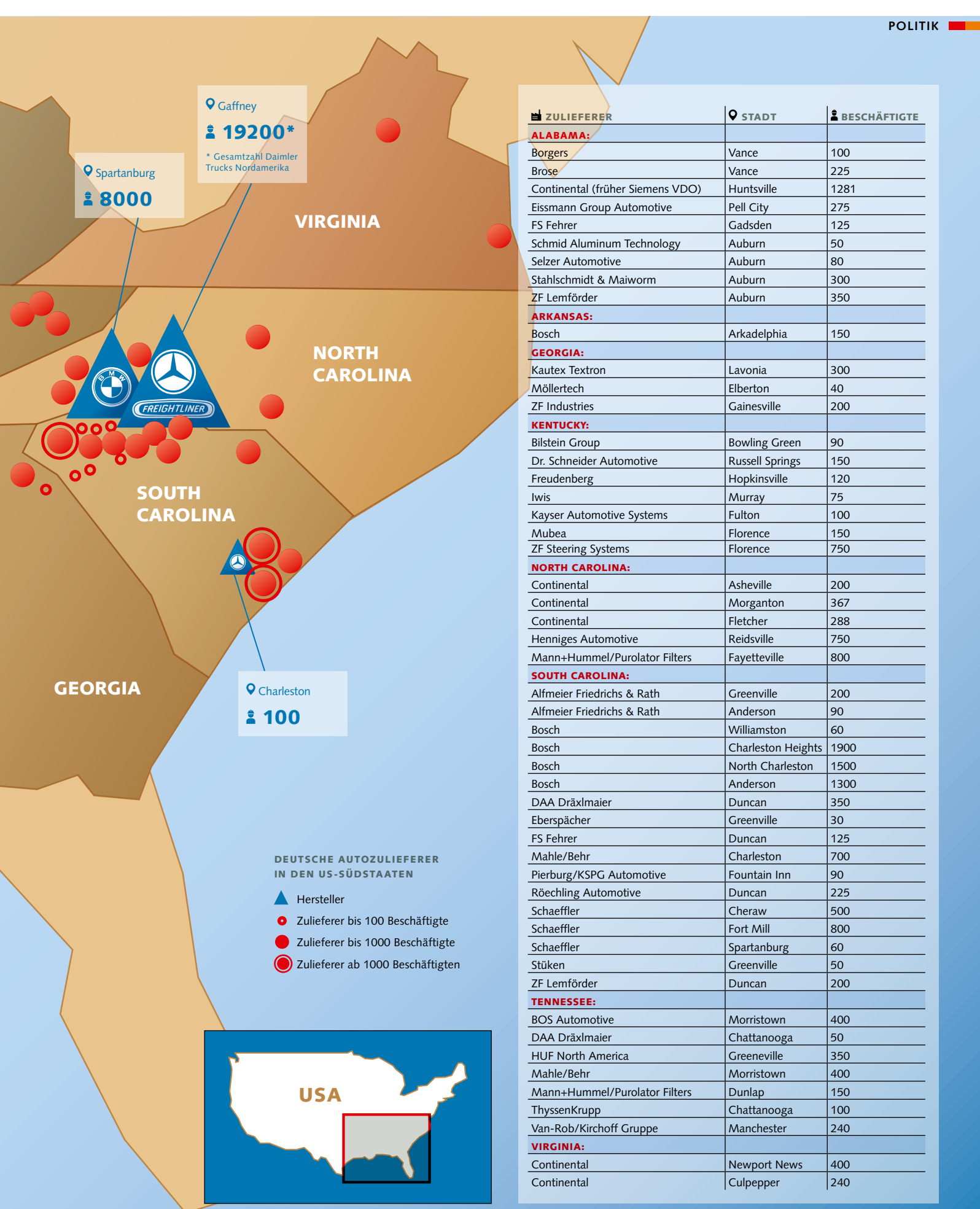
KENTUCKY

Chattanooga

3200

Tuscaloosa

3400



ZULIEFERER	STADT	BESCHÄFTIGTE
<b>ALABAMA:</b>		
Borgers	Vance	100
Brose	Vance	225
Continental (früher Siemens VDO)	Huntsville	1281
Eissmann Group Automotive	Pell City	275
FS Fehrer	Gadsden	125
Schmid Aluminum Technology	Auburn	50
Selzer Automotive	Auburn	80
Stahlschmidt & Maiworm	Auburn	300
ZF Lemförder	Auburn	350
<b>ARKANSAS:</b>		
Bosch	Arkadelphia	150
<b>GEORGIA:</b>		
Kautex Textron	Lavonia	300
Möllertech	Elberton	40
ZF Industries	Gainesville	200
<b>KENTUCKY:</b>		
Bilstein Group	Bowling Green	90
Dr. Schneider Automotive	Russell Springs	150
Freudenberg	Hopkinsville	120
Iwis	Murray	75
Kayser Automotive Systems	Fulton	100
Mubea	Florence	150
ZF Steering Systems	Florence	750
<b>NORTH CAROLINA:</b>		
Continental	Asheville	200
Continental	Morganton	367
Continental	Fletcher	288
Henniges Automotive	Reidsville	750
Mann+Hummel/Purolator Filters	Fayetteville	800
<b>SOUTH CAROLINA:</b>		
Alfmeier Friedrichs & Rath	Greenville	200
Alfmeier Friedrichs & Rath	Anderson	90
Bosch	Williamston	60
Bosch	Charleston Heights	1900
Bosch	North Charleston	1500
Bosch	Anderson	1300
DAA Dräxlmaier	Duncan	350
Eberspächer	Greenville	30
FS Fehrer	Duncan	125
Mahle/Behr	Charleston	700
Pierburg/KSPG Automotive	Fountain Inn	90
Röchling Automotive	Duncan	225
Schaeffler	Cheraw	500
Schaeffler	Fort Mill	800
Schaeffler	Spartanburg	60
Stüken	Greenville	50
ZF Lemförder	Duncan	200
<b>TENNESSEE:</b>		
BOS Automotive	Morristown	400
DAA Dräxlmaier	Chattanooga	50
HUF North America	Greeneville	350
Mahle/Behr	Morristown	400
Mann+Hummel/Purolator Filters	Dunlap	150
ThyssenKrupp	Chattanooga	100
Van-Rob/Kirchoff Gruppe	Manchester	240
<b>VIRGINIA:</b>		
Continental	Newport News	400
Continental	Culpepper	240

Quelle: Recherchen der UAW; Schätzungen aufgrund von Unternehmensangaben und eigenen Berechnungen



Fotos: John Bazemore/AP Photo; Samuel Corum/Anadolu Agency

**SOUTH CAROLINAS GOUVERNEURIN NIKKI HALEY; SENATOR BOB CORKER AUS TENNESSEE:** Konservative Politiker mit klarer Anti-Gewerkschafts-Agenda.

*„Wir brauchen keine Gewerkschaften, und wir wollen keine Gewerkschaften. Wir treten sie jeden Tag, und wir werden sie weiter treten.“*

**NIKKI HALEY, GOUVERNEURIN VON SOUTH CAROLINA**

► ganz kleingeschrieben, die Informationen aus der Geschäftsführung fließen spärlich. Gemeinsam mit der IG Metall haben Jüngling und seine Kolleginnen und Kollegen immerhin einen Haustarifvertrag erkämpft. „Als ich anfing, gab es im Betrieb drei oder vier organisierte Kollegen“, erzählt er, „heute sind mehr als die Hälfte Mitglied der IG Metall.“ So viel Engagement wurde ihm vom Arbeitgeber auf besondere Weise gedankt – mit einer fristlosen Kündigung. Dieser stimmte der Betriebsrat nicht zu. Jetzt strebt der Arbeitgeber eine Kündigungszustimmung beim Arbeitsgericht an. Wilder Osten eben. Für Arbeitnehmervertreter gibt es hier eine Menge Herausforderungen.

Eine davon: das jüngste Investment des Arbeitgebers in den Südstaaten der USA. In Tunica, Mississippi, investiert Feuer Powertrain 140 Millionen Dollar in eine neue Produktionsanlage. Das Werk steht schon, die Maschinen sind aufgebaut, mindestens 200 amerikanische Arbeitnehmer sollen hier künftig ihr Brot verdienen. Für Lutz Jüngling stellt sich da die Frage: Was wird mit den Aufträgen für das Heimatwerk in Thüringen? „Eines ist klar“, sagt er, „die Aufträge für den amerikanischen Markt sind demnächst weg.“

In der Belegschaft herrsche „eine Stimmung zwischen Angst und Neugier“, sagt der Betriebsratsvorsitzende.

„Manche sagen: Das kann ja gut sein, wenn das Unternehmen noch ein Standbein in Amerika hat. Aber über allem schwebt doch immer die Angst.“

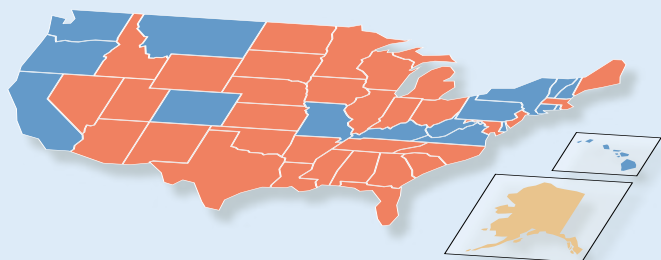
Von Angst wollte sich Lutz Jüngling nicht leiten lassen, er geht das Thema gewerkschaftlich an. „Da können ja nun die Kollegen in Amerika auch nichts für“, sagt er. Gemeinsam mit Betriebsratsmitglied Ralph Hilgert versucht er herauszufinden, was das Amerika-Engagement des Arbeitgebers für die Beschäftigten bedeutet. „Unser größtes Problem ist, an Informationen zu kommen.“ Zwar schickt die Geschäftsleitung regelmäßig kleine Gruppen von amerikanischen Beschäftigten für ein paar Wochen zum Anlernen nach Deutschland. Kontakt aufzunehmen aber ist schwierig, schon allein aus sprachlichen Gründen. Außerdem ist die Fluktuation unter den amerikanischen Beschäftigten groß. In Mississippi gibt es für die Arbeitnehmervertreter aus Thüringen keinen direkten Ansprechpartner, keinen Betriebsrat, keine gewerkschaftliche Vertretung.

Jüngling und Hilgert wollen verhindern, dass der Arbeitgeber ein Drohszenario aufbauen kann: Machen Gewerkschaft und Betriebsrat in Deutschland keine Zugeständnisse, dann geht der Auftrag nach Amerika. „Wir wollen einen direkten Kontakt nach Mississippi aufbauen“, sagt Jüngling, „wo man mal anrufen kann und sagen: Hier, passt auf, so und so sieht es aus, wir müssen zusammenhalten.“ Das Spiel des Arbeitgebers durchschauen und es durchkreuzen – das wollen sie erreichen.

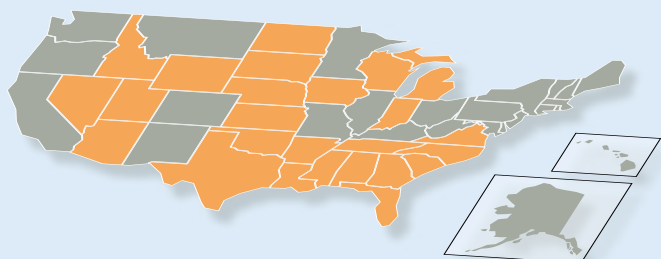
Es sind Investitionen deutscher Mittelständler wie Feuer Powertrain, die den Automobilboom im Süden der USA anfeuern. Sie ziehen ihren Auftraggebern hinterher, den großen Autoherstellern Daimler, BMW und Volkswagen.

## REGIERUNG UND GEWERKSCHAFTSGESETZE

Parteizugehörigkeit der Gouverneure der Bundesstaaten  
 ■ Republikaner ■ Demokraten ■ Unabhängiger Gouverneur



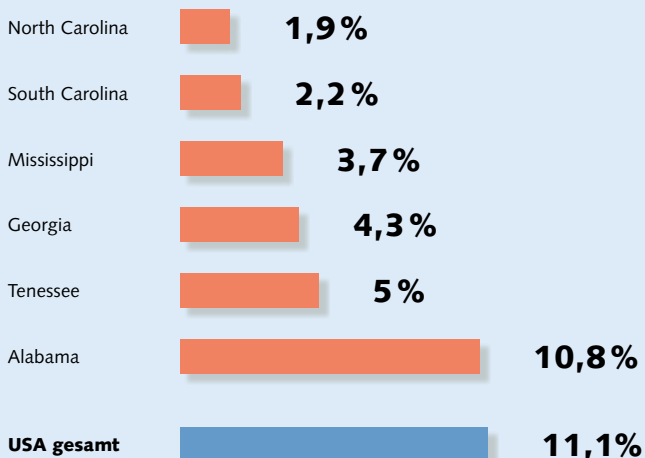
Right-to-Work-Staaten (verschärfte Gewerkschaftsgesetze)  
 ■ Right to Work



Quelle: eigene Recherchen

## NIEDRIGER ORGANISATIONSGRAD

Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den Beschäftigten  
 im Vergleich zur Gesamt-USA



Quelle: Bureau of Labor Statistics

Auf jeden Arbeitsplatz bei einem dieser Hersteller kommen noch einmal gut zwei Arbeitsplätze bei einem deutschen Zulieferer mit einem Werk vor Ort. So beschäftigt die deutsche Autoindustrie insgesamt mehr als 100 000 Menschen in den USA, davon entfallen rund 70 000 auf Zulieferunternehmen. Große Namen sind dabei wie Bosch, Continental, Schaeffler oder ZF Friedrichshafen, aber auch heimliche Champions wie Eberspaecher, Mahle oder Drexelmaier.

Bevorzugt fließen diese Investitionen in einen der Südstaaten. Gerade erlebt die Region einen neuen Boom an Automobilinvestitionen. Der Reifenhersteller Continental hat eine halbe Milliarde Euro in ein Reifenwerk investiert – zur Eröffnung kam Gouverneurin Haley. BMW will das Werk in Spartanburg zur größten Produktionsstätte weltweit ausbauen. Kaum ein Monat vergeht, in dem nicht eine der Handelskammern in den Südstaaten mit Stolz vermeldet: Wieder siedelt sich ein deutsches Unternehmen bei uns an.

Ganz vorne dabei: South Carolina mit der Stöckelschuh-Rhetorikerin Haley. Einer von fünf neu geschaffenen Jobs entsteht in jenem Bundesstaat, den sie regiert. Also in einer weitgehend gewerkschaftsentleerten Gegend. In South Carolina sind gerade einmal 2,2 Prozent der Beschäftigten Mitglied einer Gewerkschaft, ähnlich verschwindend gering ist der Anteil der Organisierten in den anderen Südstaaten. Lediglich Alabama bildet eine Ausnahme. Dort gibt es viel Stahlindustrie, die in den USA traditionell gut gewerkschaftlich organisiert ist.

Die Abwesenheit von Gewerkschaften als Standortvorteil – das ist nur eines der Argumente, mit denen konservative Südstaaten-Politiker um Investitionen werben. Es fließen Subventionen in Höhe von Hunderten von ▶



**BAUSTELLE IN MISSISSIPPI:** Der Zulieferer Feuer Powertrain aus Thüringen hat hier ein eigenes Werk hochgezogen.





Foto: Fotoservice Kötz

**BETRIEBSRATSMITGLIED RALPH HILGERT, VORSITZENDER LUTZ JÜNGLING (R.):** „Da können ja nun die Kollegen in Amerika auch nichts für.“

► Millionen Dollar, und die Löhne sind niedrig. „Derzeit investiert China massiv“, hat Wilma Liebman beobachtet, ehemalige Vorsitzende der US-Bundesbehörde für Arbeitsbeziehungen. Die Chinesen hätten gemerkt, wie günstig Arbeitskraft in den USA zu haben sei.

Arbeitswissenschaftler des National Employment Law Project haben Zahlen vorgelegt, die den Trend bestätigen: In der Zuliefererbranche sind die Löhne innerhalb von

*„Derzeit investiert China massiv. Die Chinesen haben entdeckt, wie günstig Arbeitskraft in den USA zu haben ist.“*

**WILMA LIEBMAN, US-ARBEITSRECHTSEXPERTIN**

zehn Jahren zwischen 2003 und 2013 um 14 Prozent gesunken – dreimal schneller als die Löhne in der US-Industrie insgesamt. Ein Arbeiter bei einem Zulieferer verdient im Schnitt ein Drittel weniger als ein Arbeiter bei einem der großen Hersteller. Neu angestellte Arbeiter in der Zuliefererbranche verdienen noch einmal um ein Viertel schlechter als die bisherigen Beschäftigten. Löhne von

unter zehn Dollar die Stunde sind längst keine Seltenheit mehr. Und: 14 Prozent der Beschäftigten bei Zulieferern sind als Leiharbeiter beschäftigt. Die hochproduktive Automobilindustrie – in den USA ist sie längst keine Hochlohnbranche mehr.

Die schwache Stellung der Gewerkschaften und ihre gezielte weitere Schwächung in einem extrem konservativen Klima und in einem Umfeld niedriger Löhne und prekärer Beschäftigung sind eine Herausforderung für die amerikanischen und die deutschen Gewerkschaften. Und für deren internationale Zusammenarbeit. Seit dem Fall Volkswagen in Chattanooga ist klar, wie groß diese Herausforderung ist. Der Volkswagen-Betriebsrat und die IG Metall wollten in transatlantischer Zusammenarbeit mit der amerikanischen Autogewerkschaft United Auto Workers (UAW) das VW-Werk in Chattanooga organisieren. Eine Abstimmung unter den Beschäftigten Anfang 2014 ging aber knapp zuungunsten der UAW aus. Konservative Politiker und die Antigewerkschaftspolitik hatten massiv Stimmung gegen die UAW gemacht.

Die IG Metall hat seitdem intern heftig diskutiert. Angesichts der zunehmenden internationalen Investitionsströme ergebe sich für die IG Metall die Aufgabe „der Entwicklung einer transnationalen Gewerkschaftskooperation und die Notwendigkeit der Erschließung gewerkschaftsfreier Räume im Ausland“, heißt es in einem Strategiepapier der Gewerkschaft, das der Vorstand beschlossen hat. In zwei Pilotprojekten will die IG Metall eine intensivere Zusammenarbeit mit Gewerkschaften vor Ort austesten. In den Südstaaten sollen schon bald Gewerkschafter der IG Metall und der UAW eng zusammenarbeiten. Ein ähnliches Projekt ist in Ungarn geplant.

Für den Betriebsratsvorsitzenden Lutz Jüngling aus Thüringen ist jedenfalls klar, was das Ziel sein muss: Zusammenhalt der Arbeitnehmer über den Atlantik hinweg. „Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen.“ ■

# Enttäuschung über Obama

**US-ARBEITSBEZIEHUNGEN** Große Erwartungen hatten die US-Gewerkschaften in Barack Obama gesetzt. Doch der hat den Abbau von Arbeitnehmerrechten nicht aufgehalten. Das könnte Hillary Clinton Kandidatur und Präsidentschaft kosten.

Von **GUNNAR HINCK**, Journalist in Berlin

Die Beziehungen der US-Gewerkschaften zu Präsident Barack Obama ähneln einer enttäuschten Liebe. Einzelgewerkschaften und die Dachverbände hatten Obamas ersten Wahlkampf 2008 mit Geld und der Mobilisierung ihrer Mitglieder unterstützt. Obama schien wie für sie gemacht: Als Senator in Illinois hatte er sich einen Namen als Sozialpolitiker gemacht. Ebenso zog mit ihm das erste Mal seit John F. Kennedy ein Demokrat aus dem Norden der USA, wo die Gewerkschaften traditionell stark verwurzelt sind, in das Weiße Haus ein.

Die Ernüchterung folgte aber bald. Nach seiner Wahl hatten sich die Gewerkschaften erhofft, dass Obama den „Employee Free Choice Act“ (EFCA) durchsetzt. Dieses Gesetz würde die Organisation von Gewerkschaften in den Betrieben erheblich erleichtern und die Arbeitgeber darauf verpflichten, einen Tarifvertrag abzuschließen, sobald die Beschäftigten organisiert sind. Obama hatte den EFCA unterstützt, aber aus Sicht der Gewerkschaften zu wenig für das Gesetz geworben. Selbst als die Demokraten in den ersten zwei Jahren von Obamas Präsidentschaft eine Mehrheit im Kongress hatten, konnte das Gesetz nicht verabschiedet werden, weil es in der eigenen Partei umstritten war. Heute ist es praktisch beerdigt. Joseph McCartin, Professor an der Georgetown-Universität in Washington,

D.C., und Experte für die amerikanischen Gewerkschaften, sparte auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in diesem Sommer nicht mit Kritik: „Obama hat nicht genug getan. Arbeitsbeziehungen haben keine Priorität bei ihm. Er ist die strukturellen Probleme der Gewerkschaften nicht angegangen.“ Damit spielte McCartin auf die Tatsache an, dass Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, die in den USA eigentlich bundesgesetzlich geregelt sind, zunehmend von konservativen Politikern einzelner Bundesstaaten attackiert werden. So hat der Gouverneur von Wisconsin, Scott Walker, im Jahr 2011 im Namen der Haushaltssanierung die Tarifrechte von Staatsangestellten eingeschränkt. Bei den schließlich verlorenen Gewerkschaftswahlen im VW-Werk Chattanooga in Tennessee (siehe Mitbestimmung 4/2014) setzten prominente Politiker die Belegschaft unverhohlen unter Druck, gegen einen Betriebsrat zu stimmen. In South Carolina sprach sich die Gouverneurin öffentlich gegen Gewerkschaftswahlen im heimischen Boeing-Werk aus.

Die Gewerkschaften, so der Wissenschaftler, müssten aber auch ihrerseits mehr tun, um aus der Defensive zu kommen. Sie dürften nicht nur für die Interessen ihrer etablierten Mitglieder eintreten, sondern müssten sich neue Branchen erschließen und sich mehr auf neue Betriebsformen wie Franchising-Unternehmen und Subunternehmen einstellen. Das grundsätzliche Problem allerdings, dass im Süden der USA – und mit Wisconsin neuerdings auch im Mittleren Westen – durch die Politik ein gewerkschaftsfeindliches Klima um sich greift, lässt sich dadurch nicht ändern.

Über Hillary Clinton, die aussichtsreichste Präsidentschaftskandidatin der Demokraten, äußern sich die meisten Einzelgewerkschaften zurückhaltend. Zwei Regionalverbände des Dachverbandes AFL-CIO haben unterdessen erklärt, Clintons größten Rivalen, den linken Senator Bernie Sanders, zu unterstützen. Ende Juli trafen die Kandidaten der Demokraten den AFL-CIO-Vorstand in Washington. „Starke Arbeitnehmervertretungen sind wichtig für steigende Einkommen“, erklärte Hillary Clinton. Wenn sie ins Weiße Haus einziehe, würde sie „alles tun“, um den Employee Free Choice Act doch noch durch den Kongress zu bekommen, sagte sie. Ob sie sich nur bei den Gewerkschaften einschmeicheln wollte oder es damit ernst meint, wird man sehen, sollte sie tatsächlich gewählt werden. ■



Foto: Jeff Kowalsky/EPA

**UAW-BOSS GETTELFINGER, PRÄSIDENT OBAMA (2008):**  
Wichtige Gesetzesvorhaben sind praktisch beerdigt.